

Niederschrift

über die 15. Sitzung des **Hauptausschusses** der 7. Wahlperiode am **19.04.2021** –
öffentlicher Teil

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von

Steffi Michalski

2. Stellv. des Bürgermeisters

X

Gemeindevertreter:

- | | |
|------------------------|---|
| 1. Böttcher, Mario | X |
| 2. Kurowski, Mario | X |
| 3. Mehlhorn, Christian | X |
| 4. Michalski, Jürgen | X |
| 5. Reinbold, Ralf | X |
| 6. Schulz, Norbert | X |
| 7. Tomschin, Dietrich | X |
| 8. Holtz, Helga | X |

Gäste: 2 Besucher/innen
1 Gemeindevertreter

Teilnehmer der Verwaltung:

- | | |
|--------------|---|
| Frau Klett | - Amt Planen und Bauen |
| Herr Kühn | - " |
| Herr Gardeja | - Tourismusdirektor Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus (TOP 6) |

Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses der 7. Wahlperiode vom 19.04.2021 – öffentlicher Teil

| | |
|-------------|-------------------------|
| Teilnehmer: | siehe Anwesenheitsliste |
| Ort: | Haus des Gastes |
| Beginn: | 18:30 Uhr |
| Ende: | 19:25 Uhr |

Zu 1.

Frau Michalski begrüßt die Ausschussmitglieder, den Tourismusedirektor, Herrn Gardeja, Frau Klett und Herrn Kühn vom Amt Planen und Bauen (stellv. für die AL, Frau Guruz), Frau Gerl für das Protokoll und die Besucher/innen. Sie stellt die form- und fristgerechte Ladung fest. Der Hauptausschuss ist mit der Anwesenheit aller neun Ausschussmitglieder beschlussfähig.

Zu 2. – Feststellung der Tagesordnung
Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Die Tagesordnung wird einstimmig mit 9 Ja/Stimmen wie folgt festgestellt:

Tagesordnung:

öffentlicher Teil

1. Begrüßung, Feststellen der form- und fristgerechten Einladung sowie Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Informationen der Verwaltung
5. Bestätigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2021 – öffentlicher Teil
6. Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 sowie zur Ergebnisverwendung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Ostseebad Binz
7. Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan Nr. 14 „Kultur in Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz
hier: Beschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes
8. Beschlussvorschlag zur Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zu einer Abweichung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 27 „Mittelstraße“ der Gemeinde Ostseebad Binz im Rahmen des Bauantrages „Neubau von zwei Wohnhäusern
hier: Antrag auf Abweichung nach § 67 LBauO M-V
9. Beschlussvorschlag zur Erneuerung bzw. Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes
hier: Abschnittsbildungsbeschluss

nichtöffentlicher Teil

10. Bestätigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2021 – nichtöffentlicher Teil

11. Informationen/Mitteilungen des Bürgermeisters und der Ausschussmitglieder

Zu 3. – Einwohnerfragestunde

Herr Dreher: Anfrage, ob es schon Informationen gibt, wie es mit dem Tourismus weitergeht.

Herr Gardeja äußert, nichts Genaues zu wissen, auch wenn es sicherlich den gemeinsamen Wunsch gebe, dass es lieber heute, noch besser gestern hätte losgehen können. Er würde sich deutlich frühere und präzisere Entscheidungen wünschen. Herr Gardeja denkt, dass es möglicherweise im Juni einen Start für den Tourismus geben könnte. Pfingsten habe er relativ früh in Erwägung gezogen. Das wäre wahrscheinlich nur denkbar, wenn Regionen oder Orte gut aufgestellt sind, was die Inzidenzzahlen betrifft. Vielleicht gäbe es dann eine Chance, Pilotprojekt zu werden. Herr Gardeja bringt zum Ausdruck, sehr gut vorbereitet zu sein, sodass auch ein kurzfristiger Start möglich wäre. Das würde er sich natürlich sehr wünschen, sei momentan allerdings nicht in Aussicht.

Frau Michalski ergänzt, dass der Tourismusedirektor auf die rein touristische „Schiene“ ausgerichtet sei, so wie die Fragestellung erfolgte. Die Gemeinde sei ebenfalls nur so nah an Informationen, wie jeder Bürger/in. Alle vier Wochen halte die Bundeskanzlerin Rücksprache mit den Ministerpräsidenten/innen der Bundesländer. Im Nachgang werden die Regularien und Richtlinien durch die Länder aufgestellt und bekanntgegeben. Es sei damit zu rechnen, dass Ende Mai der nächste Austausch stattfindet. Für sie sei letztlich das verbindlich, was sie ganz konkret vom Land bzw. Landkreis zugesandt bekomme. Frau Michalski halte sich weniger an Pressemitteilungen, obwohl zahlreiche Medien genau das wiedergeben, was letztendlich beschlossen werde. Zurzeit könne man nur die Daumen drücken, dass die Inzidenzzahlen in den nächsten vier Wochen deutlich sinken, damit Gäste willkommen sind und wieder Leben in unser Ostseebad einzieht.

Frau Löhr: Bitte, während der Zeit des Lock Downs (vorerst 16.05.2021) bzw. der noch relativ ruhigen Zeiten, was die Verkehre anbelangt, Straßenschäden mit dem Asphaltmobil zu beseitigen bzw. Straßenmaßnahmen zu optimieren, um zu vermeiden, dass es zu Einschränkungen kommt, wenn die Gäste wieder empfangen werden können. Das betreffe u.a. auch die Putbuser Straße.

Thematisieren werde sie im Betriebsausschuss zudem die Sperrung der Rügen Brücke in Anbetracht der geplanten Zeiträume (Juni, September).

Frau Michalski werde die Frage aufnehmen und an das Amt für Planen und Bauen weiterreichen mit der Bitte um Prüfung. Zu den geplanten Maßnahmen und die dafür vorgesehen Zeitschienen könne sie heute keine Auskunft geben.

Herr Maske: Beleuchtung Klünderberg in Richtung Ehrenmal/Schützenhaus – Bitte um Prüfung, ob die Beleuchtung vorübergehend zum Zweck der Erneuerung demontiert wurde oder an dieser Stelle komplett wegfallen soll. Eine Antwort bis zur Sitzung der GV sei ausreichend.

Das entziehe sich der Kenntnis von Frau Michalski. Sie werde auch diese Frage aufnehmen. Die Beantwortung erfolge bis zur Sitzung der Gemeindevertretung.

Frau Holtz merkt an, dass es zwar keinen TOP Anfragen der Gemeindevertreter gebe, sie aber dennoch gern etwas sagen möchte. Sie wendet sich mit Bestürzung und Entsetzen an Herrn Gardeja wegen der Mail an Frau Thiel (versandt im Auftrag des Sozialausschusses). Ihr sei unklar, was die finanziellen Auswirkungen für das vorübergehende Aufstellen von fünf Bänken mit dem Bauamt zu tun haben. Der Seniorenbeirat wolle die Bänke nicht kaufen. Sollte für das vorübergehende Aufstellen eine Rechnung erstellt werden, werde sie den Betrag über Spenden einwerben. Das Bauamt habe damit absolut nichts zu tun. Außerdem halte sie es für die Gemeinde beschämend, dass aus dieser gut gemeinten Aktion für die älteren Bürger/innen ein solches Politikum gemacht werde. Wenn sie durchschaut hätte, dass Herr Kurowski sie nur „benutzt“ habe, um erneut „einen Ball ins Tor des Bauamtes zu schießen“, hätte das unverzüglich zu einem Verzicht geführt. Sie bedankt sich bei Herrn Gardeja für die Bereitschaft zum Aufstellen der Bänke. Auf die Übergangslösung werde allerdings verzichtet. Zunächst werde auf den genehmigten Haushaltsplan der Gemeinde gewartet, um dann die bereits ausgesuchten Bänke zu bestellen und für das Aufstellen Sorge zu tragen.

Frau Michalski schlägt vor, sich nach der Sitzung mit Herrn Gardeja zur Problematik zu verständigen. Sie erklärt, dass Herr Gardeja als Tourismusdirektor des Eigenbetriebes Binzer Bucht Tourismus ausschließlich für die touristischen Belange zuständig sei, die Gemeinde für die Belange der Bürger/innen. Wenn das Aufstellen der Bänke im Auftrag der Gemeindeverwaltung über den Technikbereich des Eigenbetriebes Kurverwaltung erfolgt, sei es völlig richtig, dass diese Leistung in Rechnung gestellt wird. Es handelt sich hierbei um einen internen Verwaltungsvorgang (innerbetriebliche Verrechnung).

Herr Mehlhorn bezieht sich auf den Vorwurf gegenüber Herrn Kurowski. Er äußert, dass das auf seine Bitte hin geschehen sei. Es sei ohne jeglichen Hintergedanken um eine Auskunft über den Stand der Dinge gegangen. Schade, dass das so ausgelegt werde. In Anbetracht des verabschiedeten Haushaltes sei nunmehr der ganz normale Weg geebnet. Die interne Verrechnung zwischen Gemeinde und Eigenbetrieb sei geregelt. Erbrachte Leistungen müssen bezahlt werden.

Herr Gardeja spricht von Rechnungen, die mehr als 13 Monate alt sind. Es handelt sich um einen Betrag in Höhe von rd. 171.000 EUR. Es geht um eine Leistung, die das Bauamt beim Eigenbetrieb Tourismus bestellt habe. Insofern ergehe die Rechnungslegung an das Bauamt. Mehr möchte er dazu nicht sagen.

Frau Holtz wiederholt noch einmal, dass sie das Geld über Spenden eingeworben hätte, wenn es daran hapert. Sie geht nochmals darauf ein, dass es sich um eine provisorische, vorübergehende Lösung handelt.

Herrn Gardeja tue es leid, dass eine gut gemeinte Anfrage so ausgelegt und so damit umgegangen werde. Das könne er nicht hinnehmen. Für ihn sei eine Grenze überschritten worden.

Frau Michalski verweist nochmals auf das interne Verwaltungshandeln, was eigentlich nicht in der Öffentlichkeit zu thematisieren sei. Es spiele dabei keine Rolle, ob es sich um eine vorübergehende Lösung handelt. Leistungen des Eigenbetriebes Kurverwaltung, die von der Verwaltung in Auftrag gegeben wurden bzw. werden, sind zu bezahlen. Der Eigenbetrieb sei letztlich ebenfalls ein Unternehmen, was sich rechnen müsse.

Herr Kurowski äußert, dass Frau Holtz selbst gesagt hat, dass sie das nicht gewusst habe. In Anbetracht der Tatsache, dass sie ihren Redebeitrag vom Blatt ablese, glaube er nicht, dass der Inhalt aus der Feder von Frau Holtz stamme. Vielmehr sei für ihn denkbar, dass im Vorfeld der heutigen Sitzung ein Austausch stattgefunden habe und ihr der Inhalt womöglich untergeschoben wurde. Sich hierherzusetzen und ihn mit den Worten anzugreifen: „einen Ball ins Tor des Bauamtes zu schießen“, sei für ihn nicht in Ordnung. Das sei auch nicht das erste Mal, dass ihm solche Dinge „an den Kopf geworfen“ werden. Frau Holtz sollte sich ganz ehrlich überlegen, ob sie noch in der Lage sei, Sachverhalte „rüberzubringen“. Wenn sie Kritik übe, müsse sie sich an Fakten halten und nicht Dinge verdrehen. Ziel sei es gewesen, gemeinsam eine Lösung zu schaffen. Das Zustandekommen der Lösung und die Ausführung sei nicht Aufgabe der Gemeindevertretung, sondern der Verwaltung. Er verbitte sich, im öffentlichen Teil der Sitzung so angemacht zu werden. Vonseiten von Herrn Kurowski sei damit die Diskussion beendet.

Frau Holtz möchte an dieser Stelle nur an die Mail erinnern, die an Frau Thiel gerichtet wurde, als es um die Auslösung des Auftrages ging. Sie stellt richtig, dass sie sich von niemandem einen Text unterschieben lasse. Es handelt sich um ihre eigenen Worte, die sie sich stichpunktartig als Gedankenstütze aufgeschrieben habe.

Herr Reinbold möchte lediglich wissen, ob die Bänke schon stehen bzw. wann sie aufgestellt werden.

Frau Michalski werde die Problematik zur Klärung noch einmal mit in die Verwaltung nehmen. Sie geht davon aus, dass ihre Erklärungen zu den internen Verwaltungsvorgängen diesbezüglich nachvollziehbar sind.

Frau Holtz: Wenn der Haushalt bestätigt ist, könne der Auftrag ausgelöst und umgesetzt werden. Die Bänke seien bereits ausgesucht worden. Damit sei für sie die Übergangslösung hinfällig.

Zu 4. – Informationen der Verwaltung

Informationen, die Frau Michalski im nichtöffentlichen Teil der Sitzung hätte geben wollen, könne sie auch an dieser Stelle geben.

Sie erläutert, dass die Gemeindeverwaltung zunächst bis zum 30.04.2021 geschlossen sei. Gegenüber den Mitarbeitern habe sie angekündigt, dass das auch darüber hinaus so sein werde. Wenn der Bürgermeister wieder im Haus sei, obliege natürlich ihm die Entscheidung. Fakt sei, dass alle Mitarbeiter/innen telefonisch erreichbar sind und sämtliche Angelegenheiten bearbeiten. Für Angelegenheit, die das Erscheinen des Bürgers/der Bürgerin zwingend erforderlich machen (z.B. Meldebehörde), werden unter Einhaltung der Hygiene- und Sicherheitsvorschriften Termine vereinbart. Es bleibe kein Bürger/Bürgerin auf einem Anliegen, Antrag o.dgl. sitzen.

Ansonsten gestalte sich die Situation so, dass zahlreiche krankheitsbedingte Ausfälle zu verzeichnen waren, die aufgrund der langwierigen Genesungszeit noch andauern. Auf 10 Mitarbeiter in der Verwaltung zu verzichten, sei schon ein relativ „hartes Brot“. Das Feedback aus der Bevölkerung habe ihr deutlich gezeigt, dass die Aufgaben dennoch erfüllt werden.

Dank Herrn Gardeja konnte ein Testzentrum eingerichtet werden. Es werde am 20.04.2021 eröffnet.

Das Testzentrum befindet sich gegenüber dem EDEKA Markt in der Schillerstraße 6. Hier könne jeder Bürger/in unentgeltlich einen Schnelltest durchführen lassen und erhalte die entsprechende Bescheinigung.

Der Landkreis Vorpommern-Rügen habe die Gemeinde außerdem gebeten, nach geeigneten Räumlichkeiten zur Einrichtung einer temporären Impfstelle zu schauen. Ziel sei es, das Impfen noch zügiger zu gestalten. Die Prüfung erfolge wiederum gemeinsam mit der Kurverwaltung. Es liege ihr, wie auch Herrn Gardeja sehr am Herzen, die Impfungen für die Bevölkerung schnellstmöglich voranzutreiben.

Ende September dieses Jahres finden die Bundes- und Landtagswahlen statt, so Frau Michalski. In der zurückliegenden Zeit hatte die Gemeinde neben einem Briefwahlbezirk vier Wahlbezirke (Gemeindeverwaltung, Pflegeheim, Schule und Prora). Zurückliegende Wahlen und die derzeitige Situation haben zu der Erkenntnis geführt, auf einen der vier Wahlbezirke zu verzichten, nämlich das Pflegeheim. Die Wahlberechtigten werden auf die Wahlbezirke in der Regionalen Schule und die Gemeinde aufgeteilt. Das geschieht vor dem Hintergrund, dass der Anteil der Briefwähler immer stärker zunehme. In diesem Jahr werde das voraussichtlich noch einmal mehr deutlich werden, sodass ein Briefwahlbezirk nicht mehr ausreichen werde. Um dem Rechnung zu tragen, sei beabsichtigt, zwei Briefwahlbezirke einzurichten.

Zu 5. – Bestätigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2021 – öffentlicher Teil

Beschluss-Nr. 71-15-2021

Der Hauptausschuss bestätigt in seiner Sitzung am 19.04.2021 die Niederschrift über die 14. Sitzung des Hauptausschusses vom 08.03.2021 – öffentlicher Teil.

| | | |
|-------------|--------------------|-------|
| Abstimmung: | Ja/Stimmen: | 7 |
| | Nein/Stimmen: | keine |
| | Stimmenthaltungen: | 2 |

Zu 6. – Beschlussvorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses 2019 sowie zur Ergebnisverwendung für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Ostseebad Binz

Herr Mehlhorn erkundigt sich nach dem voraussichtlichen Jahresergebnis 2020 und der Höhe der Verluste.

Herr Gardeja geht davon aus, dass der Eigenbetrieb Binzer Bucht Tourismus 2020 ein gutes Jahresergebnis 2020 haben werde. Dazu habe er im Betriebsausschuss bereits Äußerungen getätigt. Die Jahresabschlussprüfung sei nach Abstimmung mit dem Landesrechnungshof aufgrund von Corona auf den September verlegt worden. Herr Gardeja rechne mit einem Jahresplus von ungefähr 800.000 EUR (u.a. Dank der Nutzung der Möglichkeiten zur Abmilderung der Folgen durch die Pandemie und entsprechender Maßnahmen).

Der Hauptausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, in ihrer Sitzung am 06.05.2021 den geprüften Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Kurverwaltung Ostseebad Binz einschl. der Ergebnisverwendung festzustellen und dem Kurdirektor für das Wirtschaftsjahr 2019 Entlastung zu erteilen.

Abstimmung:

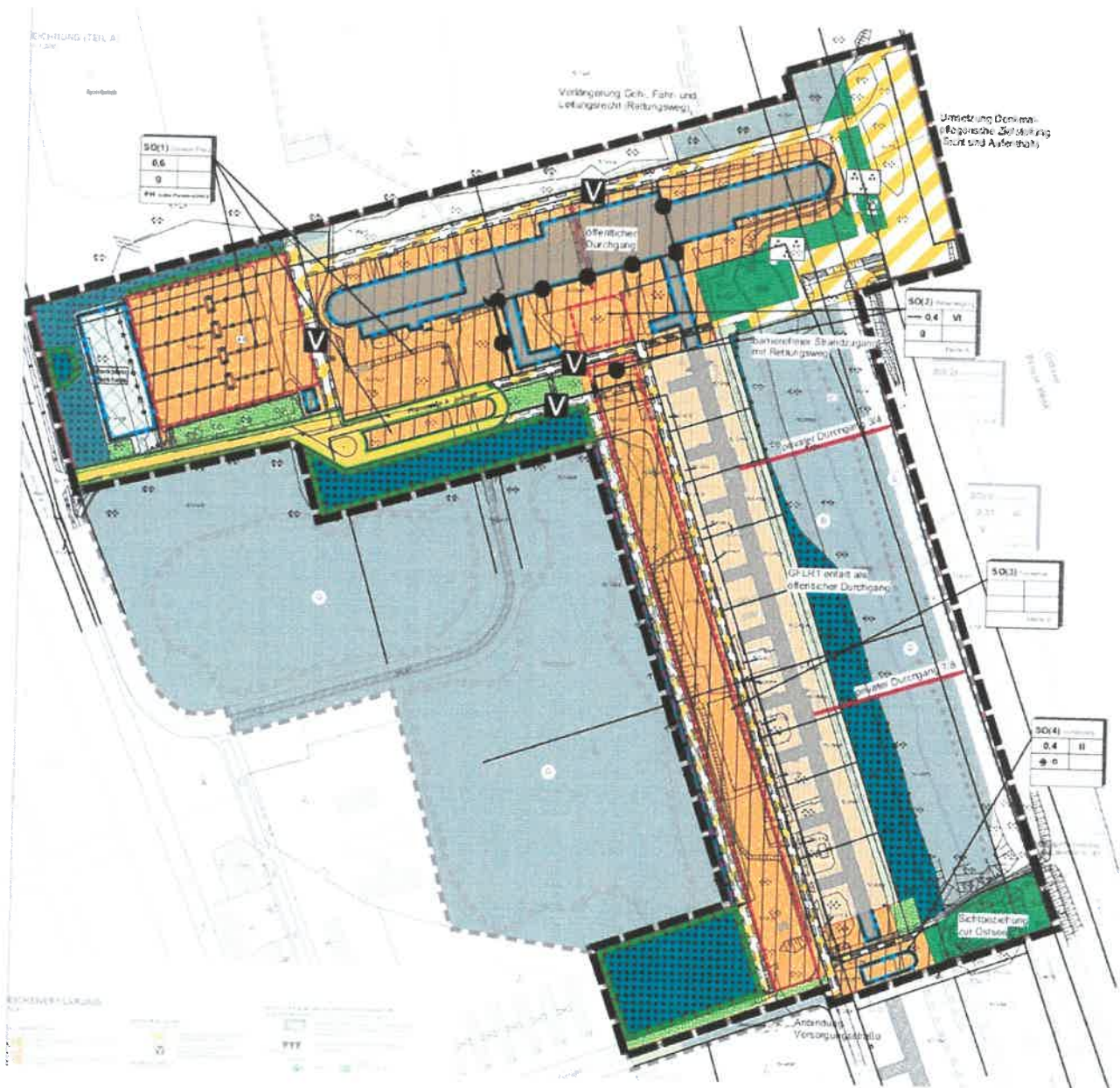
Ja/Stimmen:

9 (einstimmig)

Zu 7. – Beschlussvorschlag zum Bebauungsplan Nr. 14 „Kultur in Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz – Beschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplanes

Frau Michalski: Zur Beantwortung von Fragen steht heute Frau Klett zur Verfügung. Frau Guruz habe signalisiert, für die Beantwortung evtl. offen bleibender Fragen in der Sitzung der Gemeindevertretung am 06.05.2021 zur Verfügung zu stehen. Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt hat in seiner Sitzung am 07.04.2021 einstimmig mit 11 Ja/Stimmen die Beschlussfassung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Kultur in Prora“ empfohlen.

Geltungsbereich



Herr Kurowski nimmt Bezug auf den letzten Anstrich auf der Seite 2 des Beschlussvorschlages (Begründung) – hier heißt es:

„anlässlich der durch die Landesregierung beschlossenen Verlagerung des Dokumentationszentrums Prora in den Block V Ermöglichung von weiteren Nutzungen im So (1) Zentrum (Gesundheitseinrichtungen)“ – Herr Kurowski möchte wissen, inwieweit im Rahmen der zulässigen weiteren Nutzungen im So (1) dann im gesamten Block Ferienwohnungen entstehen könnten. Sondernutzungen seien breit gefächert. Er befürchte, dass ggf. Anträge zur Nutzungsänderung gestellt werden.

Frau Klett äußert, dass keine Ferienwohnungen, sondern Gesundheitseinrichtungen entstehen sollen. Die Möglichkeit von Ferienwohnungen könne sie nicht herauslesen. Im So könne die Art der Nutzung direkt festgesetzt werden.

Frau Michalski werde die Frage an Frau Guruz weiterreichen, damit sie in der Sitzung der Gemeindevertretung dazu eine konkrete Aussage treffe (vorgesehene Nutzungen im So (1) BP Nr. 14 „Kultur in Prora“).

Der Hauptausschuss gibt der Gemeindevertretung die Empfehlung, in ihrer Sitzung am 19.04.2021 die Aufstellung der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Kultur in Prora“ der Gemeinde Ostseebad Binz zu beschließen, wobei das Planverfahren gemäß § 3 Abs. 1 und 2 BauGB sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB durchzuführen und die Gemeinde kostenfrei zu halten ist. Die AL Plänen und Bauen wird beauftragt, in der Sitzung der Gemeindevertretung am 06.05.2021 konkrete Aussagen zum Inhalt der vorgesehenen Nutzungen im So (1) Zentrum zu tätigen.

Abstimmung: Ja/Stimmen: 9 (einstimmig)

Zu 8. – Beschlussvorschlag zur Herstellung des gemeindlichen Einvernehmens zu einer Abweichung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 27 „Mittelstraße“ der Gemeinde Ostseebad Binz im Rahmen des Bauantrages „Neubau von zwei Wohnhäusern – hier: Antrag auf Abweichung nach § 67 LBauO M-V

Frau Michalski äußert, dass ihr die Thematik bekannt sei, da sie an der letzten Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr und Umwelt teilgenommen habe. Der Ausschuss für Bau, Verkehr und Umwelt hat in seiner Sitzung am 07.04.2021 einstimmig mit 11 Ja/Stimmen der Beschlussvorlage unter der Voraussetzung der Verlegung der Zufahrt zum Zwecke der Baumerhaltung zugestimmt und die Verwaltung beauftragt, sich diesbezüglich mit dem Bauherrn in Verbindung zu setzen. Eine Rückantwort durch den Bauherrn stehe noch aus. Insofern könne dazu erst zur Sitzung der Gemeindevertretung eine Antwort zum Sachstand gegeben werden.

Herr Schulz: Information, eine halbe Stunde vor der heutigen Sitzung einen Anruf vom Bauherrn erhalten zu haben, in welchem er sich entschuldigt habe, die eingegangene Mail der Gemeinde (SPAM-Mail) übersehen zu haben. Der Bauherr habe zugesichert, sich mit der Gemeindeverwaltung in Verbindung zu setzen.

Herr Michalski: Vorschlag, die Empfehlung des Bauausschusses aufzugreifen und zur Sitzung der Gemeindevertretung vor der Beschlussfassung über das Feedback des Bauherrn informiert zu werden.

Herr Schulz habe dem Bauherrn den Standpunkt des Fachausschusses dargelegt, so viele Bäume wie möglich erhalten zu wollen. Ob er die Verlegung der Einfahrt so hinbekomme, wisse er allerdings nicht genau.

Der Bauherr sei aber gewillt, dem Wunsch der Gemeinde entgegen zu kommen, indem er versuchen werde, so viele Bäume wie möglich auf seinem gesamten anderen Baugebiet zu erhalten.

Herr Schulz plädiere daher dafür, sich nicht zwingend auf die Verlegung der Einfahrt festzulegen, um den Bauherrn nicht zu stark einzuengen, sondern das Augenmerk auf den Erhalt der Bäume zu legen, die ansonsten abgenommen werden sollen. Herr Schulz wiederholt noch einmal, dass sich der Bauherr am 20.04.2021 mit der Gemeinde in Verbindung setzen werde, um eine Lösung zu finden. Er wisse worum es geht und sei kompromissbereit.

Herr Mehlhorn spricht sich ebenfalls dafür aus, bis zur Beschlussfassung in der Sitzung der Gemeindevertretung gemeinsam mit dem Bauherrn an einer akzeptablen Lösung zu arbeiten.

Herr Tomschin spricht von einem klaren Auftrag, der nicht erfüllt worden sei. Er werde sich daher der Stimme enthalten. Ein Bauherr, der Interesse habe, bauen zu wollen, der kümmere sich intensiv um ein zügiges Vorankommen seines Bauvorhabens. Der Zeitraum von der Sitzung des Bauausschusses bis zur heutigen Sitzung wäre durchaus ausreichend gewesen, sich mit der Gemeinde ins Benehmen zu setzen. Insofern habe Herr Tomschin kein Verständnis, was er ganz deutlich zum Ausdruck bringen möchte.

Die Frage, warum sich der Bauherr nicht an die Verwaltung, sondern an Herrn Schulz gewandt habe, werde der Hauptausschuss heute nicht beantwortet bekommen, so Frau Michalski. Sie schlägt vor, nochmals Kontakt zum Bauherrn aufzunehmen. Unabhängig von einer Verlegung oder der Beibehaltung der Zufahrt sei es das Anliegen des Bauausschusses wie auch des Hauptausschusses, weitestgehend das Grün (Bäume) zu erhalten.

Der Hauptausschuss empfiehlt die Beschlussfassung in der Sitzung der Gemeindevertretung am 06.05.2021 unter der Maßgabe, mit dem Bauherrn die Möglichkeiten zu besprechen, um entgegen den ursprünglich vorgesehenen Baumabnahmen und unabhängig von einer evtl. Verlegung oder auch Beibehaltung der geplanten Zufahrt so viel Grün/Bäume wie möglich zu erhalten.

| | | |
|-------------|--------------------|-------|
| Abstimmung: | Ja/Stimmen: | 8 |
| | Nein/Stimmen: | keine |
| | Stimmenthaltungen: | 1 |

Zu 9. – Beschlussvorschlag zur Erneuerung bzw. Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes – hier: Abschnittsbildungsbeschluss

Frau Michalski räumt ein, dass der Beschlussvorschlag nicht einfach zu lesen sei. Die Umlage der Kosten (Ausbaubeiträge) erfolge im Regelfall nach Beendigung der Baumaßnahme für die gesamte Straße. In diesem Fall betreffe es nur einen Teil der Dollahner Straße. Wann der noch verbleibende Teil ausgebaut werde, sei noch offen. Damit die Gemeinde nicht so lange auf ihre Einnahmen aus den Ausbaubeiträgen warten muss, gebe es die Möglichkeit eines Abschnittsbildungsbeschlusses. Dieser gebe der Gemeinde die Chance, die Kosten für diesen Abschnitt vor Fertigstellung der gesamten Straße umzulegen.

Herr Schulz: Ausgewiesen sind zwei große Summen – Anfrage nach den ungefähren finanziellen Auswirkungen für den Bürger direkt.

Dazu äußert Frau Michalski, dass derzeit die Berechnungen durch die externe Firma laufen. Das sei aber nicht Hintergrund des Beschlussvorschlages. Diesen habe sie bereits erläutert. Frau Michalski richtet die Bitte an Herrn Schulz, die Frage noch einmal direkt an Frau Guruz zu richten. Sie werde die Frage vorsorglich weiterreichen.

Herr Reinbold habe die Beschlussvorlage inhaltlich verstanden; allerdings sei die Überschrift sehr missverständlich. Beim ersten Lesen denke man in der Tat, dass sich Bürger an den Kosten für die Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes beteiligen müssen. Insofern sei es für die Sitzung der Gemeindevertretung sehr hilfreich, die Problematik etwas verständlicher zu erörtern. Die Beschlussvorlage direkt könne ja nicht verändert werden.


Herr Michalski unterstützt diese Aussage. Für ihn sei die Beschlussvorlage relativ „oberflächlich“ erarbeitet worden. Er bittet darum, dass zur Sitzung der Gemeindevertretung ein Lageplan (Skizze) mit der Darstellung der drei Abschnitte beigefügt wird. Daraus sei ggf. eine Schlussfolgerung auf die Betroffenen möglich. Wichtig sei für ihn zu wissen, ob das Vorgehen in dieser Problematik mit den Festlegungen der Straßenausbaubeitragssatzung im Einklang ist. In der genannten Satzung werde seines Erachtens der Ausbau von Straßen im Gesamtkontext betrachtet. Der erste Abschnitt der Dollahner Straße (südlich) sei bereits ausgebaut worden; dafür wurden die Ausbaubeiträge im Jahr 2010 erhoben. Der Ausbau des nördlichen Teils sei derzeit noch nicht absehbar. Gebeten wird um Prüfung seiner Anfrage im Vorfeld der Beschlussfassung. Herr Michalski möchte damit vermeiden, dass die Gemeinde womöglich deshalb anfechtbar sein könnte.

Der Hauptausschuss folgt dem Beschlussvorschlag über den Abschnittsbildungsbeschluss zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen von den bevorteilten Grundstückseigentümern für die teilweise Deckung des Aufwandes für die Maßnahme „Erneuerung bzw. Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes“. Der Beschlussvorschlag ist der Gemeindevertretung für die Sitzung am 06.05.2021 zu reichen. Als Anlage ist eine Skizze (Lageplan) der drei zu bildenden Abschnitte beizufügen. Durch die Verwaltung ist zu prüfen, ob sich der Beschlussvorschlag zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in der vorliegenden Fassung mit den Festlegungen der Straßenausbaubeitragssatzung der Gemeinde Binz im Einklang befindet und inwieweit das Vorgehen der abschnittswisen Umlage der Kosten rechtlich vereinbar ist.

Abstimmung:

| | |
|--------------------|-------|
| Ja/Stimmen: | 8 |
| Nein/Stimmen: | keine |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

Frau Michalski bedankt sich bei den Besuchern/Besucherinnen für ihr Interesse und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:25 Uhr. Es folgt eine Lüftungspause.


Karsten Schneider
Bürgermeister/Vorsitzender Hauptausschuss


Ilona Gerl
Protokollantin